Mittwoch, 14. September 1921. Einzelnummer 10 Mark. 60. Jahrgang. Nr. 167.

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis ab 1. 9. 21: monatlich M.
in der Geschäftsstelle 100.—
in den Ausgabestellen 105.—
durch Zeitungsboten 110.—
durch die Post . 110.—
ins Ausland 20 deutsche Mark.

Fernsprecher: 4246, 2273, 3110, 3249.



Anzeigenpreis: f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . 20.— M. im Reklameteil 60.— M. Für Aufträge aus Deutschland . 3.50 M. im Reklameteil 10.— M. in deutscher Mark.

Telegrammadresse: Tageblatt Poznań.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau; für Polen: Czekowe Konto P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań.

Das bedrohte Saargebiet.

Berlin, 12. September. Die Regierungs-Kommission des Saargebiets hat vor einiger Zeit eine Verordnung über die Eigenschaft als „Saareinwohner" erlassen. Gegen diese Verordnung hat die Reichsregierung bei der Regierungskommission und beim Völkerbund Einspruch erhoben.

Protestnote der Reichsregierung.

Berlin, 13. September. Die Note der deutschen Regierung gegen die Verordnung der Regierungskommission des Saargebiets erklärt diese Verordnung für vertragswidrig, denn nach ausdrücklicher Bestimmung des Versailler Vertrages soll die Staatsangehörigkeit der Bewohner des Saargebietes in keiner Weise berührt, in bezug auf die Staatsangehörigkeit also diejenige Rechtslage aufrechterhalten werden, die beim Inkrafttreten des Vertrages bestand. Diese Rechtslage war aber unbestreitbar die, daß „Inländer" nur die deutschen Staatsangehörigen waren, denen als „Ausländer" alle Personen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit gegenüberstanden. Diesen Unterschied will die Regierungskommission beseitigen und an seine Stelle den Gegensatz von „Saareinwohnern" zu „Nichtsaareinwohnern" setzen, und außerdem sollen nach ihrer Verordnung die öffentlichen Rechte nicht mehr einen Ausfluß der inländischen Staatsangehörigkeit bilden, sondern auf den unter der Bezeichnung „Saareinwohner" zusammengefaßten Personenkreis übertragen werden. Damit wird die Staatsangehörigkeit der Bewohner des Saarbeckens zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt, während sie nach dem Vertrag in vollem Umfange aufrechterhalten werden soll.

„Aus all diesen Gründen", heißt es in der deutschen Note, „muß die deutsche Regierung nachdrücklich Verwahrung einlegen gegen diesen ersten Versuch, durch Schaffung eines Rechtsinstituts, das einer besonderen saarländischen Staatsangehörigkeit nahezu gleichkommt, dem Saargebiet die Merkmale eines eigenen Staatswesens zu verschaffen. Dies steht in vollem Widerspruch zu den obersten Grundsätzen des Vertrages von Versailles, nach dessen klar ausgesprochenem Willen das Saargebiet lediglich ein vorübergehend der Regierung des Völkerbundes unterstellter Teil des deutschen Reichsgebiets sein, und in dem Recht der Staatsangehörigkeit seiner Bewohner keinerlei Änderung vorgenommen werden soll, so daß dort Ausländer keine staatsbürgerlichen Rechte ausüben dürfen. Die deutsche Regierung muß die Beseitigung dieses vertragswidrigen Zustandes und die Aufhebung der Verordnung der Regierungskommission verlangen."

Vor der Katastrophe im Saargebiet.

Frankfurt a. M., 13. September. Das Saargebiet wird von einer wirtschaftlichen Krise, richtiger gesagt, von einer Währungskrise heimgesucht, wie seit dem Krieg nicht zu verzeichnen war. Die großen Werke, soweit sie nicht von Streiks betroffen sind, greifen zu Arbeiterentlassungen und die Zahl der Erwerbslosen wächst. Die nächsten Wochen werden ohne Zweifel weitere Entlassungen von Arbeitern bringen. Die Verhältnisse im Saargebiet nähern sich bedenklich denjenigen, die dort Ende 1919 herrschten. Die Bevölkerung schritt damals zur Selbsthilfe und es kam deshalb zu Teuerungsunruhen. Die Regierungskommission steht infolge ihrer rücksichtslosen Franken-Einführungspolitik, an der sie unbeirrt festhält, wiederum vor derselben Lage. Auf der einen Seite das stete, andauernde Wachsen der Teuerung, auf der anderen Seite die Unmöglichkeit von Lohnerhöhungen und Arbeiterentlassungen. Die Katastrophe würde sich abwenden lassen, wenn die Rheinkommission ihre Franken-Einführungspolitik aufgeben würde. In ihrer letzten Sitzung hat sie beschlossen:

1. die Preisprüfungsstellen sollen wieder erstehen und gegen früher eine verschärfte Kontrolle ausüben;
2. es sollen gegebenenfalls Landjäger eingezogen werden, die die Kontrollorgane in ihrer Amtstätigkeit unterstützen;
3. die am 2. Februar 1920 festgesetzten Korrektionszuschüsse sind nachzuprüfen;
4. die Sondergerichte zur Bekämpfung von Wucher und Schiebertum usw. bleiben bestehen;
5. es wird sofort eine Kommission aus 5 Mitgliedern gebildet, welche das weitere veranlassen soll.

In der beschleunigten Weise der Regierungskommission sollen alle erdenklichen Wege und Mittel geprüft und beschlossen werden, um eine Katastrophe abzuwenden. Alle diese Maßnahmen richten sich nur gegen einen Teil der Bevölkerung, während gegen die wirtschaftlichen Kreise nichts unternommen wird.

Die einzigen Mittel, durch die die Katastrophe noch aufgehalten werden könnte, sind die Herabsetzung der Kohlenpreise und der unbeeinflußte Markumlauf, welche die Regierungskommission nicht verwendet, weil sie damit ihrer Französierungspolitik die Wurzeln abschlagen würde.

Ein Eingriff in die deutsche Verwaltung.

Duisburg, 13. September. Der Duisburger Ortsdelegierte überraschte die hiesige Stadtverwaltung mit nachfolgender Verfügung:

„Duisburg, den 5. September 1921.

An den Oberbürgermeister von Duisburg!

Einer Anordnung des kommandierenden Generals des Brückenkopfes Duisburg Folge gebend, teile ich ergebenst mit, daß von jetzt ab alle Beamten, die neu ernannt werden, aus dem besetzten Gebiet der rheinischen Provinz kommen müssen. Abgesehen von ganz besonderen einzelnen Fällen werden in dem Brückenkopfe nur noch Ernennungen, Versetzungen, Beförderungen usw. von Beamten, die aus dieser Gegend stammen, bestätigt werden

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diese Entscheidung zur Kenntnis der in Frage kommenden Behörden bringen wollten."

Die Frankenwährung.

Berlin, 13. September. Der Stadtverordnetenversammlung von Saarbrücken ist ein Schreiben der Regierungskommission zugegangen, in dem verlangt wird, daß die Gemeindeverwaltungen ebenfalls die Frankenwährung einführen. Die von den Beamten gewünschte Gehaltserhöhung könne erst dann bewilligt werden, wenn die Beamten ihr Gehalt in Franken fordern.

Das Reich und Bayern.

Noch keine Einigung.

München, 12. September. (PAT.) Nach der Sitzung des Ministerrates, die bis 1 Uhr nachts dauerte, war das Gerücht verbreitet, daß eine Kabinettskrisis bevorstehe und die Regierung den von Berlin vorgeschlagenen Vergleich abgelehnt habe. Im Landtag fanden am Sonntag Beratungen aller Parteien statt, die sehr erregt verliefen. Da andererseits die Bürgerparteien nicht die Absicht haben, den vorgeschlagenen Vergleich anzunehmen, sondern sich im Gegenteil für den Abbruch der Verhandlungen mit Berlin aussprachen, treffen die sozialistischen Parteien und die Berufsverbände Vorbereitungen zum Generalstreik. Die Stimmung in den Abendberatungen war erheblich ruhiger. Es ist anzunehmen, daß die Verhandlungen mit Berlin auf der Basis weiter geführt werden und daß der Belagerungszustand in Bayern aufgehoben wird.

Der Standpunkt der Parteien.

München, 13. September. (PAT.) In der gestrigen Sitzung der ständigen Landtagskommission rief der Umstand Sensation hervor, daß nicht nur die demokratische Partei, sondern auch die bayerische Volkspartei, deren Mitglied der Präsident Kahr ist, und der Bauernbund gegen die Annahme der Bedingungen der deutschen Regierung stimmten.

Pressestimmen.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten" schreiben: In verschiedenen Blättern war zu lesen, daß die von sozialistischer Seite ausgegangene Agitation für eine Loslösung Frankens von Bayern und die Schaffung einer nordbayerischen Republik auch von den Demokraten unterstützt werde. Wir sind ermächtigt, zu erklären, daß das Gegenteil richtig ist.

Ein Münchener Telegramm des „Vorwärts" betont, daß sicheren Informationen nach die bayerische Sozialdemokratie und die in enger Fühlung mit ihr stehenden Unabhängigen keineswegs an eine gewalttätige Aktion in ihrem Kampfe gegen die Regierung Kahr denken. Die bayerische Arbeiterschaft behält sich nach wie vor den Generalstreik und unter Umständen den Volksentscheid auf demokratischer Grundlage zwecks Abtrennung Nordbayerns von einem „unbelehrbaren Kahr-Bayern" vor.

Der „Fränkische Kurier" mahnt zur Vernunft: „Gerüchte verwirren die Köpfe. Sozialistische Agitatoren sprechen offen von der bevorstehenden Ausrufung der nordbayerischen Republik. Wer das mit Gewalt machen will, ist ein Staatsverbrecher, gegen den sich alle Freunde der Ordnung und des Wiederaufbaus zusammenschließen müssen und werden.

Wer es aber auf dem Wege des Volksentscheids machen will, dem sagen wir, daß er damit die Axt an die deutsche Einheit legt und den ersten Hieb zum Niedersturz des Reiches führt.

Dann werden sie alle kommen, die Sonderbündler am Rhein, in Hannover und anderwärts, und es ist kein Halten mehr. Wer will das dem Volke gegenüber in dieser Zeit verantworten?

Die strittigen innerpolitischen Fragen müssen gelöst werden und stehen vor einer Lösung. Um ihretwillen die deutsche Einheit und den geschichtlichen bayerischen Staat zu zerstören, wäre ein Werk von Verbrechern oder von Irrsinnigen, die nicht über den Streit des Augenblicks hinaussehen.

Wir rufen alle Einsichtigen zur Wachsamkeit auf! Wir rufen die Staatsregierung zum Schutze des Staates auf. Bürger, schützt euren Staat!"

Die Lage in Oberschlesien.

Wer zahlt?

Beuthen, 13. September. (PAT.) Über die Zahlung der Summe für die Schäden, die während des letzten Aufstandes entstanden sind, finden gegenwärtig Verhandlungen zwischen der interalliierten Kommission in Oppeln und den Regierungen der Verbandsstaaten statt. Mit Rücksicht darauf, daß die interalliierte Kommission in Oppeln nicht im Stande ist, die Entschädigungssummen aus den Einnahmen in Oberschlesien zu zahlen, beraten die alliierten Mächte darüber, auf welche Weise diese Schäden gedeckt werden sollen. In deutschen Kreisen nimmt man an, daß zu diesen Verhandlungen Vertreter der polnischen und deutschen Regierung eingeladen werden.

Stuart ist zurückgekehrt.

Oppeln, 13. September. (Tel.-U.) Sir Harald Stuart, der englische Vertreter, innerhalb der interalliierten Kommission, ist wieder nach Oberschlesien zurückgekehrt und hat eine Inspektionsreise nach dem Industriegebiet angetreten. In seiner Begleitung befindet sich der Mitarbeiter des früheren englischen bevollmächtigten Obersten Percival, der deutschfreundliche Major Clark.

Große Waffenlager von den Engländern ausgeräumt.

Beuthen, 12. September. (Tel.-U.) Ein riesiges Waffenlager wurde vor einiger Zeit in der großen Ziegelei in Bobrownik im Kreise Tarnowitz von den Engländern entdeckt. Es wurden 98 französische Gewehre vorgefunden, 1300 Seitengewehre, 10 Kisten Gewehrmunition, 2 Kisten Handgranaten und zwei Kisten mit Dynamit, außerdem Feldtelephone, Zünder für Handgranaten, Leuchtpistolen usw. Der Wächter der Ziegelei, die übrigens seit längerer Zeit nicht mehr im Betrieb ist, hat sich am Aufstand beteiligt. Außerdem wurde nun von den Engländern im Kreise Kattowitz, und zwar in Bottkob, ein zweites riesiges Waffenlager der Aufständischen entdeckt, und zwar enthielt dies Gewehre, Maschinengewehre und 26 Kisten Munition.

Keine Bewaffnung der Eisenbahner.

Beuthen, 13. September. (PAT.) Zwischen dem deutschen Verkehrsminister und der interalliierten Kommission in Oppeln fanden Verhandlungen über die Bewaffnung der Eisenbahnbeamten in Oberschlesien statt. Die interalliierte Kommission war mit einer solchen Bewaffnung nicht einverstanden, da nach ihrer Ansicht die Ruhe in Oberschlesien so weit wieder hergestellt sei, daß derartige Anordnungen überflüssig sind.

Die polnische N. P. R. und Oberschlesien.

Krakau, 13. September. (Tel.-U.) Der Kongreß der N. P. R. (Nationale Arbeiterpartei) forderte in einer Entschließung die Zuteilung Oberschlesiens an Polen, sowie die Zahlung einer Entschädigung an die polnisch-oberschlesischen Kämpfer durch die Warschauer Regierung und Aufnahme der vertriebenen oberschlesischen Beamten in den polnischen Staatsdienst. Ferner wurde die Verlängerung der Optionsfrist für polnische Emigranten aus Rheinland-Westfalen gefordert, für die die Regierung in den Ostgebieten Siedelungen schaffen soll.

Politische Tagesneuigkeiten.

Studienreise deutscher Journalisten in Österreich. Die an der Studienreise durch Österreich teilnehmenden reichsdeutschen Journalisten sind heute vormittag hier eingetroffen. Am Abend wird zu Ehren der Gäste im Berghotel eine festliche Zusammenkunft veranstaltet.

Luftverkehr zwischen Schweden und Dänemark. In diesen Tagen kamen in Stockholm die schwedischen und dänischen Delegierten zwecks Besprechung der Luftverkehrsangelegenheiten zwischen Schweden und Dänemark zusammen. Hierbei fand eine gleiche Konferenz der Delegierten Schwedens und Norwegens statt. Der Vertrag mit Finnland wird wahrscheinlich in kürzester Zeit geschlossen werden.

Eine schwedisch-finnische Konferenz. Am 20. September wird in Stockholm die schwedisch-finnische Konferenz zur Prüfung des Seeverkehrsentwurfes zwischen Schweden und Finnland eröffnet werden. Mit diesem Entwurf verknüpft sind auch die Zollfragen der Frachttarife und die Verbindung der Häfen mit dem Innern der Staaten. Schweden liegt hauptsächlich daran, seinen Handelseinfluß im Osten zu erweitern.

Die Warschauer Kabinettskrisis.

Bis Montag abend war die Lage ziemlich unverändert. Der Sejmmarschall verhandelte mit Vertretern der einzelnen Fraktionen, und zwischen den Sozialisten und den Volksparteilern gingen besondere Beratungen vor sich. Nennenswerte Ergebnisse sind bis jetzt nicht zu zeichnen. Soweit man nach den Berichten und Stimmungsbildern der polnischen Presse urteilen darf, schweben dem Sejmmarschall, Herrn Trąmpczyński, in der Hauptsache zwei Lösungen des Problems vor: die eine wäre ein Kabinett Głąbiński und zwar so, daß mit Rücksicht auf die finanzielle Lage des Staates der Ministerpräsident zugleich das Portefeuille des Finanzministers übernähme, die andere wäre ein unparteiliches Kompromißkabinett, das sich hauptsächlich aus Fachministern zusammensetzen würde. An die Spitze eines solchen Kompromißkabinetts soll nach Gerüchten, die aus den Wandelgängen des Sejms stammen, der ehemalige Ministerpräsident Skirmunt oder der frühere Minister des ehemals preuß. Teilgebiets Kucharski treten.

Der Nationale Volksverband beriet am Montag mehrere Stunden hindurch mit dem Ergebnis, daß der Verband sich bereit erklärte, gegebenenfalls in der neuen Regierung mitzuarbeiten, jedoch unter der unerläßlichen Bedingung der Annahme seines Finanzsanierungsprogramms.

In der Sitzung der Nationalen Volksvereinigung am Sonntag berichtete Abg. Skulski über die innere Lage. Er griff den Nationalen Volksverband scharf an, erklärte jedoch, daß er im Interesse der Staatsnotwendigkeit keiner Partei seine Mitarbeit versagen würde.

Polnisch-russischer Notenwechsel.

Warschau, 13. September. (PAT.) Dem Außenministerium ging die folgende Note des russischen Volkskommissars des Auswärtigen, Tschitscherin, zu:

„Die schwere Mißernte in den Ostprovinzen Rußlands hatte in diesen Gebieten eine Hungersnot zur Folge, die fast den Umfang der Hungersnot des Jahres 1891 erreichte und unter der besonders die durch diesen Krieg in diese Gebiete getriebenen Flüchtlinge zu leiden haben. Der Hunger treibt Zehntausende von Menschen nach den großen Eisenbahnknotenpunkten, und dieser Zusammenstrom großer Menschenmassen fördert in bedrohlicher Weise die Ausbreitung der Seuchen. Die Sowjetregierung, die bemüht ist, diesen Mißständen abzuhelfen, wendet sich an die Nachbarstaaten mit dem Vorschlag gemeinsamer Hilfsaktionen. Es wäre besonders in Erwägung zu ziehen, wie weit die einzelnen Staaten ihre eigenen Angehörigen, die der Krieg nach Rußland verschlug, jetzt wieder bei sich aufnehmen und dadurch ihnen, zugleich aber auch der übrigen hungernden Bevölkerung Rußlands helfen können. Die Sowjetregierung beabsichtigt, eine möglichst große Zahl solcher Flüchtlinge aus den vom Hunger betroffenen Gebiet über die Grenze zu schicken, findet jedoch dabei nicht immer die erwartete Unterstützung der interessierten Staaten. Die Sowjetregierung hält es für unbedingt notwendig: 1. Daß die Heimbeförderung der gegenwärtig in vom Hunger nicht betroffenen Gebieten weilenden Flüchtlinge auf das Mindestmaß beschränkt, dagegen die Heimbeförderung der Flüchtlinge aus den hungernden Gebieten bis zur äußersten Möglichkeit verstärkt wird. 2. Daß an der polnischen Grenze neue Übernahmepunkte errichtet werden. 3. Daß an der lettischen Grenze alle Flüchtlinge ohne Rücksicht auf ihre Nationalität aufgenommen werden. Die Sowjetregierung betont die Notwendigkeit einer beschleunigten Hilfeleistung und gibt sich der Hoffnung hin, daß die Nachbarstaaten ihren Reemigranten ohne Verzögerung helfen werden. Volkskommissar Tschitscherin."

Auf diese Note ging der russischen Sowjetregierung folgendes Antwortschreiben der polnischen Regierung zu:

„Die polnische Regierung erklärt erneut ihre Bereitschaft weitgehender Mitarbeit bei der Bekämpfung der Hungersnot in Rußland ohne Verbindung dieser rein humanitären Bestrebungen mit irgend welchen politischen Bedingungen. Sie kann das jedoch natürlich nur soweit tun, als dadurch polnische Staatsbürger nicht geschädigt werden. Die planmäßige Heimbeförderung der Flüchtlinge darf nicht nur nicht aufgehalten werden, sondern muß im Gegenteil dem ursprünglichen Plan entsprechend ganz genau durchgeführt werden. In dieser Hinsicht erinnert die polnische Regierung an ihre Note vom 20. August. Die polnische Regierung verlangt, daß alle Kriegsgefangenen, Internierten und Geiseln mit ihren Familien, die sich noch in Rußland oder der Ukraine mit Einschluß von Sibirien befinden, unverzüglich nach der polnischen Grenze befördert werden. Zur Errichtung neuer Übernahmepunkte kann die polnische Regierung sich nicht bereit erklären, doch ist sie bereit, in den Punkten, wo ein besonders starker Zusammenstrom der Hungernden zu erwarten ist, Abteilungen der polnischen Delegation für Heimbeförderungsangelegenheiten zu errichten. Diese Abteilungen werden sich mit der Registrierung der aus Rußland eintreffenden Polen beschäftigen und ihre beschleunigte Beförderung in die Heimat herbeizuführen suchen. Was die Absicht der russischen Regierung betrifft, an der russisch-lettischen Grenze einen Übergangspunkt für Flüchtlinge ohne Rücksicht auf die Nationalität zu errichten, so verwahrt sich die polnische Regierung ausdrücklich dagegen, daß Personen, die nach der Heimbeförderungsabmachung an die polnische Grenze gesandt werden müssen, dorthin geleitet werden. Die polnische Regierung erklärt, daß sie auf die genaue Ausführung der vereinbarten Heimbeförderungsbedingungen großen Wert legt und verlangt mit allem Nachdruck die Beachtung der Abmachungen im Interesse Polens und Rußlands und im Interesse der Gefangenen, Geiseln und Flüchtlinge. Skirmunt".

Der griechisch-türkische Krieg.

Infolge des großen Verbrauchs von Munition und der großen Verluste an Soldaten während der letzten Schlacht sehen sich die griechischen Truppen genötigt ihre Offensive einzustellen. Sie wird wieder aufgenommen, sobald Munition und Verstärkungen eintreffen.

Griechenlands Forderungen.

Paris, 13. September. (PAT.) Nach Nachrichten, die Konstantinopeler Zeitungen bringen, beschloß die griechische Regierung gemäß den Weisungen Lloyd Georges sich mit der strategischen Verbesserung der Kleinasiatischen Grenze zu begnügen. Griechenland fordert den größten Teil der Eisenbahnen in Anatolien, außerdem die Zuteilung der Küste des Marmarameers mit dem Vilajet Brud ohne die Dardanellen.

Vom Völkerbund.

Weitere Kritik.

Genf, 12. September. Die 7. Sitzung der Völkerbundsversammlung, welche um 10.30 Uhr unter dem Vorsitz Karnebeeks eröffnet wurde, beschloß auf Wunsch Cecils, über die Öffentlichkeit der Ratssitzung erst am Ende der Debatte zu diskutieren und den Bericht des Rates erst nach der Berichterstattung der Kommission in der Versammlung zu besprechen. Neun Redner sind für die Debatte des Ratsberichts eingetragen. Drei Redner nahmen zu sehr ausführlichen Darlegungen das Wort, nämlich Lafontaine, Nansen und der Perser Cokah-el-Dauleh. Alle drei begegneten dem größten Interesse, weil sie mit Freimütigkeit und Mut die allgemeinen Probleme der Weltpolitik behandelten. Lafontaine, der bereits im vorigen Jahre mit Wucht und Frische gegen das vorsichtige Zögern der Diplomaten eintrat, entwarf ein eindrucksvolles Bild der schwierigen Weltlage. Wir erleben — so führte er aus — einen Niedergang. Das Ende und eine Lösung sind noch nicht gefunden. Überall herrscht Elend. 6 Millionen Arbeitslose in den Vereinigten Staaten, Hunderttausende von Hungernden in Rußland, ein hinsiechendes Armenien, der Hilferuf der Georgier, Griechen und Türken morden sich, ohne daß die Welt den Mut hat, einzugreifen. Die Bemühungen sind auf das schlimmste gefährdet und gehindert. Leider findet man von jenen Tendenzen, die die Welt bewegen, nichts im Bericht, weil er von dem Generalsekretär und seinen Beamten verfaßt ist. Von dem Bericht selbst stellte Redner fest, daß der Völkerbund keinen Fortschritt gemacht habe. Die Ratifikationen für den internationalen Gerichtshof seien nur zögernd eingetroffen. Nur 12 Staaten wollen die Klausel unterzeichnen, die den Gerichtshof obligatorisch macht. Die Welt sei beherrscht von Mißtrauen in Massen, wie auch bei den Regierungen. Tiefen Eindruck machte der Redner, als er an die gestrige Darlegung Robert Cecils über die beschleunigte Abrüstung erinnerte und ein Bild des Schreckens entwarf. Was auch der Weltkrieg Entsetzliches hatte, mehr, als man sich je dachte, so wird auch der künftige Krieg an Schrecken und Entsetzen unsere Vorstellungen übertreffen. Man braucht sich nur die furchtbare Wirkung der Luftschiffahrt im Krieg vorzustellen, die ganze Städte, ihre Bevölkerung, Frauen, Kinder und Greise, vernichtet — das muß endlich gesagt und von aller Welt beachtet werden, es muß sich überall ein so großer Protest gegen den Krieg erheben, daß auch in dieser Versammlung der Wunsch besteht, den Schrecken des Krieges ein Ende zu machen.

Die wirtschaftliche und finanzielle Hilfe der Welt erfülle ihn ebenfalls mit starkem Pessimismus. Die Völker haben auf das schlimmste zu leiden, vor allem an den Folgen der Kriegsanleihen. Das sei eine Ungerechtigkeit, und man müsse sich fragen, ob nicht die Gerechtigkeit verlange, daß diese Schulden vom Völkerbund übernommen werden. Lafontaine hielt diesen Plan nicht für eine Utopie. Die Länder, die nicht am Krieg teilnahmen, und solche, die geringere Verluste erlitten, müßten den anderen Ländern zu Hilfe kommen. Im Zusammenhang mit dieser Anregung kam Redner auf den bereits früher von ihm vertretenen Gedanken der Bildung eines Weltmarkts, auf die Unterdrückung der Zollgrenzen unter den Völkern, einen Plan, den man noch für einen Traum halte, zu sprechen. Der nationale Egoismus sei gegenwärtig auf seinem Höhepunkt angekommen. Die Völker müßten diesem Zustande ein Ende machen. Die mit schwungvoller Stimme vorgebrachte Rede fand lebhaften Beifall.

In der 8. Plenarsitzung des Völkerbundes wurde die Aussprache über den Bericht der bisherigen Arbeiten des Völkerbundes weiter fortgeführt. Zuerst nahm das Wort Graf Masdorf, der ehemalige österreichisch-ungarische Botschafter und gegenwärtige Delegierte der österreichischen Republik in der Sitzung des Völkerbundes. Zum ersten Mal sprach ein Vertreter der ehemaligen Zentralmächte in den Sitzungen. In seiner Rede behandelte Graf Masdorf die Angelegenheit der finanziellen Hilfe für Österreich, wobei er erklärte, daß, wenn die österreichische Bevölkerung gegenwärtig beginnt etwas froher aufzuatmen und mit vollem Vertrauen in die Zukunft blickt, es dieses unzweifelhaft der Aktion der Liga und hauptsächlich ihrem Finanzkomitee verdankt. Das Programm des Komitees, so sagte Graf Masdorf, ist in hohem Maße der Anerkennung wert. Aber wir erwarten seine strengste Durchführung. Nach dem Vertreter Österreichs sprach der Vertreter von Jugoslawien, der vom serbischen Gesichtspunkt aus den albanischen Konflikt verteidigte und Albanien das Recht zugestand, an den Beratungen des Völkerbundes teilzunehmen. Albanien wurde, wie bekannt, auf Grund des vorjährigen Völkerbundsbeschlusses in die Reihe der Bundesmitglieder aufgenommen. Balfour, der hierauf sprach, erklärte, daß es unzulässig sei, die Zugehörigkeit Albaniens zum Völkerbund in Frage zu stellen.

Nach Balfour ergriff Gustav Ador, der Vertreter der Schweiz, das Wort. Nachdem er als Präsident des internationalen Roten Kreuzes die Versammlung aufgefordert hatte, der hungernden Bevölkerung Rußlands zu Hilfe zu kommen, ging er zur Kritik der Tätigkeit des Völkerbundes und des Generalsekretariats über. Hieran knüpfte er einige grundlegende Bemerkungen. Ähnlich wie Lord Robert Cecil und Nansen spricht sich Ador für eine aufrichtige Anwendung der Grundsätze des Völkerbundes aus. Er fordert jedoch nicht, daß der Völkerbund alle Fragen öffentlich behandeln soll, weil verschiedene Angelegenheiten wegen ihrer besonderen Reizbarkeit dieses nicht zulassen. Alle Beschlüsse des Völkerbundes müssen mit einer ausführlichen Motivierung veröffentlicht werden. Die Beschlüsse der Liga müßten nach der Ansicht des Redners sorgfältig klar und kategorisch abgefaßt werden, wobei jede Zweideutigkeit ausgeschaltet werden muß. Mit aller Aufrichtigkeit sprach der Redner sein Vertrauen in die Zukunft der Liga und seine Anerkennung für die vom Völkerbundsrat geleistete Arbeit aus. Der Vertreter der Schweiz betonte, daß der Mangel eines genügenden Kontakts mit der weiten öffentlichen Meinung unzweifelhaft die schwache Seite des Völkerbundes bildet. Außerdem lenkt Ador seine Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit, daß der Völkerbundsrat nähere Fühlungen mit den Staaten und Mitgliedern des Völkerbundes nimmt, die im Völkerbundsrat nicht vertreten sind. Ador erinnert an die Artikel 4 und 5 des Vertrages über den Völkerbund. Sobald der Völkerbundsrat über irgend eine Angelegenheit Beratungen pflegt, die irgend einen Staat, der Mitglied der Liga ist, besonders interessieren, müßte nach Ansicht des Redners ohne Zaudern der betreffende Staat zur Teilnahme an den Beratungen des Rates über die gegebene Frage eingeladen werden.

Oberster Rat und Waffenhandel.

Neutrale Stimmen.

Das bekannte holländische Blatt „Nieuwe Rotterdamsche Courant" sagt zu der Neutralitätserklärung des Obersten Rates gegenüber dem türkisch-griechischen Konflikt und der Erteilung der Erlaubnis an die alliierte Industrie, mit den Kriegführenden Waffenhandel zu betreiben: „Der Oberste Rat tut nichts, um die Ausführung des Völkerbundsvertrages, insbesondere des Artikels 17 zu fördern, im Gegenteil, er negiert ihn vollkommen und kehrt zu der alten Methode zurück, obwohl der Friedensvertrag in einem Falle wie dem griechisch-türkischen ausdrücklich Einmischung und außerdem Kontrolle über den Waffenhandel vorschreibt. Diesen Handel scheint man in Paris ganz selbstverständlich zu finden."

Noch schärfer ist „Algemeen Handelsblad". Das Blatt sagt, daß die Mitglieder des Völkerbundes sich auf die Seite des ungerecht Angegriffenen stellen müßten. Das habe man unterlassen und dann sei auch der eigentliche Pferdefuß der Angelegenheit zum Vorschein gekommen. Man wolle gern in Ruhe Waffen verkaufen. Im englischen Unterhaus ist ebenfalls in außerordentlich scharfer Weise gegen die Waffenhandelsklausel der Pariser Beschlüsse gesprochen worden. Chamberlain konnte sich nicht anders helfen, als darauf hinzuweisen, daß damit nur die Tradition, die England immer befolgt habe, fortgesetzt werde. In dieser Antwort ignoriert er vollständig die Durchführung des betreffenden Paragraphen des Völkerbundvertrages und der Verhandlungen der Völkerbundversammlungen im vorigen November. Oberstleutnant Herbert verlangte eine Mitteilung der Firmen, welche Waffen liefern würden. Vom Regierungstische wurde dies abgelehnt. Eine nichtbeantwortete Frage Lord Cecils schloß die Debatte. Er fragte: „Ist es jemals vorgekommen, daß durch eine internationale Konferenz eine ausdrückliche Ermutigung des Waffenhandels erfolgte?" Darauf erfolgte keine Antwort! — Die amerikanische Handelszeitschrift „The Nation Busineß" teilt u. a. mit, daß die Vereinigten Staaten im Jahre 1920 ihre Ausfuhr in Schießpulver um 550 Prozent gegenüber 1919 gesteigert haben.

Die Abrüstungskonferenz.

Den „Times" wird gemeldet, daß entgegen den Erwartungen die Präliminarbesprechungen für die Konferenz von Washington demnächst in London stattfinden werden. Sie werden beginnen, sobald alle Vertreter der betreffenden Mächte, darunter der amerikanische Botschafter in Großbritannien, nach London zurückgekehrt sein werden. — „Daily News" nehmen an, daß Lloyd George an der Washingtoner Konferenz nicht teilnehmen kann, hauptsächlich dann nicht, wenn die englisch-irischen Verhandlungen im Sande verlaufen sollten. Nach der Ansicht der Zeitungen ist dieses jedoch wenig wahrscheinlich.

Washington, 12. September. (Tel.-Un.) Senator Root hat der amerikanischen Regierung die Mitarbeit der Carnegie-Stiftung an der Abrüstungskonferenz angeboten. Staatssekretär Hughes hat das Angebot unter Danksagung angenommen.

Washington, 12. September. (PAT.) Es wird amtlich berichtet, daß Hughes Scot Lodge, Unterwood und Unterstaatssekretär Hughes die Vereinigten Staaten auf der Abrüstungskonferenz vertreten werden.

Haag, 12. September. (PAT.) Wie der „Telegraph" aus Washington berichtet, hat der Präsident Harding Holland und Belgien zur Teilnahme an der Washingtoner Konferenz eingeladen.

Wie Frankreich abrüstet.

Wie Straßburger Blätter melden, werden sämtliche Fluggeschwader im Elsaß verstärkt. Die Bildung eines großen Rheingeschwaders von mehr als 15 Flugstandplätzen ist in Vorbereitung. Außerdem ist auf Veranlassung der französischen Regierung der Bau von sechs großen Flughallen zur Aufnahme von Luftschiffen in nächster Nähe der Rheinlinie beschlossen worden.

Oesterreich und Ungarn.

Der Widerstand der Bevölkerung in den westlichen Kommitaten gegen die österreichischen Behörden dauert weiter an. Die österreichischen Behörden wenden Repressalien gegenüber der Bevölkerung an. Oesterreichische Gendarmerie verhaftete in vielen Orten die Pröbste und entführte sie nach Wien-Neustadt. Die österreichische Gendarmerie in Agwalsa wurde von den Aufständischen zurückgedrängt. Auf die Nachricht von dem ungarischen Kampfe traf der Major Ostenburg aus Szopron mit ungarischer Gendarmerie ein und entwaffnete die Aufständischen, die sofort nach Szopron geführt wurden, weil Agwalsa ohne Schutz geblieben war, hinterließ Ostenburg in diesem Ort provisorisch etliche Gendarme. Auf Antrag des ungarischen Kommissars Cigraja hieß die interalliierte Kommission nach gründlicher Prüfung den Standpunkt des Major Ostenburg gut.

Wien 12. September. (PAT.) Amtlich wird berichtet, daß die Nacht in allen Grenzabschnitten friedlich verlaufen ist. In der Gegend südlich und südöstlich von Kirihlag macht sich die Bewegung von neuen Banden bemerkbar. An der Grenze Steiermarks ziehen die Aufständischen Kontributionen ein.

Wien, 12. September. (Tel.-U.) In Wien-Neustadt ist ein halbes Bataillon italienisches Militär eingetroffen. Es bildet die erste Staffel des für Oberschlesien bestimmten italienischen Kontingents, dürfte jedoch vorläufig bis zur Klärung der westungarischen Frage in Wien-Neustadt bleiben. Während des Aufenthaltes des italienischen Ministers des Äußeren Toretta wird jedenfalls die Entscheidung darüber fallen, ob das italienische Militär gegen Ungarn verwendet werden soll oder nach Oberschlesien weitergeht. Weitere italienische Abteilungen befinden sich auf dem Marsche.

Der neue Hymansche Vorschlag.

Genf, 11. September. (PAT.) Die Hauptpunkte des neuen Hymanschen Vorschlages im polnisch-litauischen Konflikt sind folgende: Gegenseitige Anerkennung der Unabhängigkeit und Souveränität dieser Staaten durch Litauen und Polen, Umschaffung des Wilnaer Bezirks zu einem entnommenen Kreis im litauischen Staate, wobei der Wilnaer Kanton eine Organisation wie die Kantone der Schweiz haben würde, endlich Teilung Litauens in zwei Zonen, die ein gemeinsames Verwaltungsorgan für auswärtige Angelegenheiten erhalten sollen. Im Falle der Nichtannahme dieser Vorschläge, wird die Wilnaer Angelegenheit dem Völkerbund überwiesen.

Die irische Frage.

London, 13. September. (PAT.) Der Dubliner Korrespondent der „Daily News", der nähere Beziehungen zu den Führern der Sinnfeiner unterhält, berichtet seiner Zeitung, daß die irländischen Nationalisten entschieden eine Konferenz wünschen und daß eine gewaltige Mehrheit der Mitglieder des irländischen Parlaments und die öffentliche Meinung Irlands fordern, diese Gelegenheit zu benutzen, zu einem dauernden Frieden zu gelangen. De Valera und andere Führer der Sinnfeiner erkennen sogar an, daß weder Lloyd George noch ein anderer englischer Premierminister Irland die Unabhängigkeit in jenem Rahmen geben könnte, wie die Sinnfeiner dies verlangen.

Republik Polen.

† **Handelsvertrag mit Italien.** Italien hat einen Handelsvertrag mit Polen unterschrieben. Die Presse widmet diesem Vertrag größere Artikel. Danach verpflichten sich die beiden Staaten zur Aufhebung des für eine Reihe von Jahren bestehenden Einfuhrverbotes. Das Abkommen hat vorläufig eine Dauer von 6 Monaten. Die polnische Regierung gestattet den italienischen Schiffahrtsgesellschaften, in Polen Agenturen einzurichten, um polnische Ueberseefrachten unmittelbar über Triest zu leiten.

† **Besuch der finnländischen Militärmission.** Sonntag Vormittag traf auf einem finnländischen Kriegsschiffe eine finnländische Militärmission mit Koeyeskes an der Spitze ein. Die Mission setzt sich aus etlichen höheren Offizieren des finnischen Generalstabes und aus einer Reihe von Offizieren niedrigeren Ranges zusammen. Die Gäste wurden in Danzig von der Vertretung des polnischen Militärs mit dem Kommandanten Derna an der Spitze begrüßt. Nachmittag waren die finnischen Offiziere Gäste der polnischen Kriegsmarine, welche für sie einen Empfang auf zwei Kriegsschiffen bereitete. Außer dem Kommandanten Piolsudzki und dem General Haller nahmen noch verschiedene andere Herren des polnischen Militärs teil.

Deutsches Reich.

** **Erhöhung der Kohlenpreise.** Der Kohlenwirtschaftsrat beschloß eine Preiserhöhung für das rheinisch-westfälische Revier vom 1. September 1921 ab um 21 M. für die Tonne ausschließlich der Steuern.

** **Unruhen in Siegen.** Freitag abend ist es hier zu Ausschreitungen gekommen. Auswärtige Elemente benutzten unter Führung kommunistischer Hetzer eine Versammlung der streikenden Metallarbeiter zu Demonstrationen. Sie versuchten zunächst das Elektrizitätswerk stillzulegen. Dies konnte aber durch besonnene Gewerkschaftler verhindert werden. Sodann putschten die

---

Lies Rainer.

Geschichte einer Ehe von **Leontine von Winterfeld**.

(2. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.)

Da schreckte sie jäh ein leichter, rascher Schritt aus ihren Träumen.

„Ei, guten Morgen, Fräulein Lies! Dacht ich's doch, daß sie hier hockt und Liebesbriefe auswendig lernt."

Den Weg vom Park herauf kam tanzend und springend in fußfreiem, hellem Sommerkleid und großem Strohhut die achtzehnjährige Ellen, Lies' jüngere Schwester. In den weißen Dünensand zu Füßen der anderen setzte sie sich nieder.

„O, wie ist es schön heute!"

Sie reckte die Arme.

„Lies, was kriege ich, wenn ich Dir für Deinen gestrigen zerknitterten einen frischen Sonntagsbrief von heute bringe?"

Ueber Lies' Gesicht flog ein Leuchten, und sie streckte bittend die Hand aus. Und las dann mit klopfendem Herzen, während Ellen geduldig im Grase saß, die Arme um die Knie gelegt.

„Wenn Du endlich fertig bist, Lies, möchte ich mal ein vernünftiges Wort mit Dir sprechen. Guten Morgen hast Du mir auch noch nicht gesagt."

Lies' Wangen hatten sich beim Lesen gerötet und ihre Augen leuchteten. Tief aufatmend steckte sie dann den Brief zu dem anderen und beugte sich herab und küßte die Schwester.

„Na nu, Lies, man nicht so toll. Ich bin ja doch nicht Knut. Sag bloß in aller Welt, was Ihr euch immer zu schreiben habt? Täglich, und dann womöglich acht Seiten!"

Lies lachte. Leise und glücklich.

„Ja, Ellen, wenn Du erst so alt bist wie ich, machst Du's sicher ebenso. Aber sage einmal, warum warst Du eigentlich gar nicht mit zur Kirche?"

Ellen ließ den weißen Dünensand durch die Finger rieseln und verzog den Mund.

„Ach weißt Du, Lies, einmal muß man sich Sonntags doch auch wieder ausschlafen, und dann weiß ich doch sowieso schon vorher immer, was Pastor Tile sagt. Aber wir müssen jetzt wohl allmählich wieder zurück. Vater will um ein Uhr essen."

Da standen sie beide auf und gingen den schmalen Fußweg zwischen den alten Buchen nach Nilmer zu, hinten durch die kleine Pforte in den Garten, wo die Frühlingssonne sich in den Glasscheiben der Frühbeete spiegelte und die gelben Schmetterlinge über den blühenden Tulpen und Hyazinthen schwebten. Das war der Gemüse- und Blumengarten, Lies' ganz besonderer Stolz, denn er war schon seit acht Jahren ihrer ganz speziellen Obhut anvertraut.

Hinter dem großen Rasenplatz, wo in schnurgerader Reihe die weiß gekalkten Stämme der Obstbäume schimmerten, begann der Park, das heißt, eigentlich nur ein Überbleibsel früheren meilenweiten Buchenwaldes. Hier lag auf freiem Platz, von breitästigen Bäumen umschattet, das alte, efeuumrankte Herrenhaus.

Weiße Gartenbänke leuchteten unter alten Baumgruppen, frisch geharkt waren die breiten Wege und die Vorfahrt. Überall tiefe, sonntägliche Ruhe.

Langsam stiegen die beiden Mädchen die breite Steintreppe zur Terrasse hinauf. Die Haustür stand weit offen die helle Aprilsonne hineinzulassen. Die warf bunte Lichter auf die schwarz und weißen Steinfliesen in dem Entree auf die schweren, alten Truhen und den duftigen Erntekranz, der mit seinem Flittergold und grellfarbenen Bändern noch vom vorigen Jahr her oben an der Decke hing. Eine breite Glastür trennte das Entree vom Eßzimmer geradeaus, wo schon der lange Tisch gedeckt stand. Hinterm Eßzimmer, durch breite Schiebetür getrennt, lag die sogenannte Gartenstube, eigentlich mehr Musikzimmer, denn hier stand der große Flügel und hier übte Ellen täglich stundenlang auf ihrer Geige. Links ans Eßzimmer schlossen sich Wohn- und Arbeitsräume des Majors und seines Sohnes Fried, der ihn in der Wirtschaft unterstützte, da die Besitzung ziemlich groß und außer Nilmer noch zwei Nebengüter umfaßte. Rechts ans Eßzimmer stieß Frau Oldenhofs Salon, dahinter das behagliche Wohnstübchen der beiden Mädchen.

Bei Tisch ging es munter und lebhaft zu, jeder hatte etwas zu berichten.

Vater Oldenhof, der Halberstädter Kürassier gewesen war, hatte noch immer etwas vom alten Soldaten an sich: kurz, knapp, Kavalier vom Scheitel bis zur Sohle. Er war groß, schmal und trug einen grauen Vollbart. Seine getreue Ehehälfte, Frau Emma Oldenhof, geborene von Wachtel, war die letzten Jahre ziemlich in die Breite gegangen. Sie hatte etwas Hastiges, Aufgeregtes in ihren Bewegungen und wurde von ihrem Manne nie anders als Kullerchen genannt. Fried war der einzige von den Kindern, der der Mutter ähnelte. Lies mit ihrem schwarzen Scheitel und dem großen Haarknoten im Nacken, mit den tiefblauen Augen, die so seltsam ernst ins Leben sahen, und den feingeschnittenen Zügen, war ganz ihres Vaters Tochter. Ellen, das Kücken der Familie, von allen geneckt, verzogen und gescholten, sah mit ihrem braunen, losen, lockigen Haar, den frischen Farben und dem kecken Stumpfnäschen eigentlich niemand ähnlich.

Aber da war noch jemand im Hause, dessen Gegenwart nicht vergessen werden darf. Das war die Großmutter.

Großmutter wohnte oben in der großen, hellen Giebelstube, mit ihrer Pflegerin, denn sie war schon seit Jahren gelähmt und kam nie mehr nach unten.

Hier im grünen Lehnstuhl, am offenen Fenster, wo die weißen Gardinen sich bauschten und der rote Granium blühte, hatte die Großmutter gesessen, so lange die Kinder denken konnten.

(Fortsetzung folgt.)

Hetzer die Menge auf, in die Stadt zu ziehen und wegen der Teuerung zu demonstrieren. In den Straßenzügen vom Kölner bis Marburger Tor wurden die Schaufenster eingeschlagen und die Läden vollständig ausgeplündert. Die Polizei ging mit blanker Waffe vor. Eine Anzahl Polizisten und Demonstranten wurden mehr oder weniger schwer verletzt. Der Schaden der Geschäfte geht in die Millionen. In der Nacht wurde die grüne Polizei in Hagen alarmiert, die heute früh zwei Hundertschaften entsandte. Am Sonnabend wurde die Ruhe wieder hergestellt. Es wurden 50 Personen verhaftet, die an den Plünderungen teilgenommen hatten. Ein Teil der gestohlenen Waren konnte wieder herbeigeschafft werden. Die Hagener Schupo zieht in starken Patrouillen durch die Stadt.

** **Rücktritt Bergmanns.** Der Präsident der Kommission für Kriegslasten, Bergmann, erhielt auf eigene Bitte seine Entlassung von dem Posten eines Delegierten der Kommission in Paris.

Aus der polnischen Presse.

Unter der Überschrift: „Tolerancja?..“ bringt der „Dziennik Poznański“ in Nr. 185 einen Artikel aus der „Welt am Montag“: Darin regt sich ein „Deutscher, der polnisch spricht,“ darüber auf, daß man in Deutschland in der Öffentlichkeit nicht ungestört polnisch sprechen könne. Dem Herrn sei es passiert, daß sich ein Eisenbahnbeamter über ihn, da er sich polnisch unterhielt, aufgeregt habe. Der Autor sagt dann weiter, daß in Polen sich kein Mensch darüber aufregt, wenn jemand deutsch spricht. Er habe absichtlich in Warschau auf den Hauptstraßen laut deutsch gesprochen, nur um zu sehen, wie man darauf reagieren würde. Es habe sich jedoch niemand daran gestoßen. In Berlin dagegen bliebe jeder Deutsche auf der Straße mit offenem Maul stehen, wenn jemand polnisch spricht. Viele Deutsche bringen ihren Unwillen darüber zum Ausdruck.

Der „Dziennik Poznański“ bemerkt nun dazu, daß der Verfasser des Artikels ganz recht habe, wenn er behaupte, daß die deutsche Sprache bei uns niemanden störe. Wie wenig man sich hier über solche Dinge aufregt, beweist unter anderem ein von uns in Nr. 127 des „Posener Tagebl.“ gewürdigter Artikel der „Prawda“ (Nr. 150), der Entrüstung speit über die Tatsache, daß in einzelnen Städten des ehem. preuß. Teilgebiets noch viel deutsch gesprochen wird u. s. f. Sind doch großpolnische und pommerellische Städte geradezu mit Deutschen übervölkert, die überall auf den Straßen, in den Cafés, in den Restaurants und an anderen öffentlichen Orten deutsch sprechen, ja sogar „anmaßend schreien“. Was aber noch trauriger sei, sogar Polen nehmen an der Verbreitung der Sprache der Tiedemänner immer größeren Anteil. Das Verhalten der Öffentlichkeit in dieser Angelegenheit ist so versöhnlich und so verträglich, daß die Dreistigkeit der deutschen Presse in Polen nachgerade sogar die toleranten Herren zu beunruhigen beginnt. Außerdem glaubt der „Dziennik Poznański“ bemerken zu müssen, daß die großpolnische, pommerellische und schlesische polnische Presse fast durchweg in ihrer Großzügigkeit, wenn sie deutsche Zeitungen zitiere, den deutschen Urtext bringe und nicht die polnische Übersetzung. Das würden die hiesigen deutschen Zeitungen niemals machen.

Wie weit die polnische Sprache in Deutschland auf Straßen und in öffentlichen Lokalen geduldet wird, weiß jeder, der auch nur einmal in Berlin den Kurfürstendamm oder die Friedrichstraße entlang gegangen ist, wo man tatsächlich beinahe mehr polnisch und russisch hört als deutsch. Ein Eisenbahnbeamter habe sich über die polnische Sprache des Herrn Verfassers aufgeregt; wenn er es wirklich getan hat, ist es Unrecht und Unsinn; wenn aber der Autor behauptet, das würde in Polen nicht geschehen, dann irrt er sich gewaltig. Ist es doch vor etlichen vierzehn Tagen einem deutschsprechenden Herrn auf der Eisenbahnstation eines Vorortes geschehen, als er deutsch um eine Fahrkarte nach Posen bat, daß er von dem Beamten am Schalter vor dem höchlichst erstaunten Publikum angebrüllt wurde, er müsse polnisch sprechen und Posen heiße nicht mehr Posen sondern Poznań. Das ist Toleranz, nicht wahr? Nun ja, in Deutschland ist es eine Gemeinheit, in Polen ist es „Tolerancja“.

Unendlich einfältig ist der Kommentar, den der „Dziennik Poznański“ zu dem Artikel aus der „Welt am Montag“ gibt. Das Verlangen des „Dziennik“ geht darauf hinaus, daß die hiesige deutsche Presse doch allmählich so vernünftig werden sollte, ihre Artikel in polnischer Sprache zu schreiben. Das bezweckt doch wohl die Feststellung des „Dziennik“, daß in oberschlesisch polnischen, selbst deutschfeindlichen Zeitungen Zitate im Urtext gegeben und nicht ins polnische übersetzt werden. Es wäre doch natürlich selbstverständlich, daß die hiesigen deutschen Zeitungen die Artikel der polnischen Schwestern nicht übersetzen, sondern im polnischen Urtext bringen würden. Der „Dziennik“ sieht es nicht ein, daß in Oberschlesien die Möglichkeit besteht, Zitate im deutschen und polnischen Urtext zu bringen, weil dort jeder Mensch beide Sprachen beherrscht, da er sie von Jugend auf gelernt hat. Dies ist aber hier nicht der Fall, wo die meisten Deutschen die polnische Sprache nicht kennen, weil sie sie im Beruf stehend in der kurzen Zeit nicht haben lernen können. Hier wäre also der Abdruck von polnischen Artikeln in deutschen Zeitungen vollkommener Unsinn.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 13. September.

Banditen bei der Arbeit.

Die „Prawda“ berichtet in ihrer Nr. 192 folgendes:

Am Dienstag, dem 9. d. Mts. kehrten gegen 11 Uhr nachts die Herren Dr. Dobrogojski und der Vizeminister Dr. Z. Seyda aus Schrimm nach Rusocin zurück. Ungefähr 2 km hinter der Stadt kurz vor Bogowo fuhr der Wagen auf zwei stark leuchtende elektrische Lampen zu, die an Rädern angelegt waren, die zu beiden Seiten der Chaussee an Bäume gelehnt standen. Da der Wagen auf die Aufforderung „Stehen bleiben“ nicht stille stand, schossen zwei Banditen, die im Dunkel zu beiden Seiten der Chaussee saßen, jeder zwei Revolverschüsse auf den Wagen. Eine Kugel traf die Seitenwand des Wagens neben dem Sitz; der auf dieser Seite sitzende Dr. Seyda wurde nur des glücklichen Umstandes wegen, daß die Kugel im Innern des Wagens auf eine Schraube traf und die Richtung veränderte, vor einer Verletzung bewahrt. Die aufgescheuchten Pferde kamen ins Laufen und machten so die weitere Betätigung der Banditen unmöglich. Die am nächsten Tage durch Beamte der Kriminalabteilung in Posen durchgeführte Untersuchung ergab, daß dieselben Banditen eine Stunde vorher einen Schrimmer Bürger überfallen hatten, der in die Stadt heimkehrte. Vor einer Woche fanden auf derselben Chaussee zwei Überfälle statt. Außerdem bestahlen die Banden, die aus etlichen 20 Personen, in einem Falle sogar aus über 100 Personen bestanden, die Felder der Güter, die sich bei der Stadt befinden. Sie entwaffnen und schlagen das Dienstpersonal, das das Eigentum ihrer Brotgeber verteidigt.

Frühling im Herbst.

Blühende Veilchen angesichts des in unmittelbarer Nähe stehenden Herbstanfangs ist gewiß eine Seltenheit, da diese lieblich duftenden Blumen bekanntlich sonst nur im Mai blühen. Man kann ein mit vielen blühenden Veilchen besetztes Beet gegenwärtig in mehreren Schrebergärten an der Kazmierza Jackowskiego (früher Ziethenstr.) beobachten. In einem dieser Gärten trägt ein Apfelbaum, der fast völlig blätterlos ist, eine nicht unerhebliche Anzahl von Früchten, die allen Regeln zum Trotz, obschon ihnen die Nahrungszufuhr durch die Blätter nahezu ganz fehlt, auf das prächtigste gedeihen. Dem aufmerksamen Spaziergänger dürfte es nicht entgangen sein, daß die Lindenbäume z. B. einen so lieblichen Duft von sich geben, wie man ihn sonst nur in der Blütezeit zu beobachten gewöhnt ist. Diese merkwürdige Tatsache darf als Folgeerscheinung des eigenartigen Sommerwetters betrachtet werden, das uns auch jetzt noch ohne Regen läßt und die Wintersaaten gefährdet, da infolge der Ausdorrung des Ackerbodens eine Beackerung schier unmöglich erscheint.

Achtung Krankenkassenwahlen!

Die Krankenkassenwahlen in der Stadt Posen finden für die **Arbeitnehmer** am nächsten Sonntag 18. September von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends statt. Es wählen die Buchstaben

A. bis **G.** in der städt. Schule der Św. Marcin (früher St. Martinstr.);
H. bis **K.** in der Mittelschule ul. Franciszka Ratajczaka (früher Ritterstraße);
L. bis **P.** in der Knabenschule der ul. Działyńskich (früher Naumannstraße);
R. bis **Z.** in der Mädchenschule der ul. Działyńskich (früher Naumannstraße).

Wahlberechtigt sind sämtliche Mitglieder der Krankenkasse, die das 20. Lebensjahr vollendet haben, **ohne Unterschied des Geschlechts.** Jeder Wähler hat eine Stimme und muß bei der Wahl seinen **Personalausweis** (Wykaz osobisty) bei sich führen. Er erhält einen Umschlag, in den er einen Wahlzettel legt; in jedem Umschlag darf sich **nur ein** Wahlzettel befinden.

Die von der **Wirtschaftlichen Vereinigung des Deutschtumsbundes** aufgestellte **deutsche** Kandidatenliste der Arbeitnehmer, die jedem Wähler vor den Wahllokalen ausgehändigt werden wird, trägt die Nr. 4 und beginnt mit dem Namen Rudolf **Krieger**, Abteilungsvorsteher bei H. Cegielski T. A. in Posen.

Pflicht jedes wahlberechtigten deutschen Arbeitnehmers ist es, bei der Wahl am Sonntag **für diese Wahlliste** Nr. 4 seine Stimme abzugeben!

Noch einmal vom staatlichen Ausbildungskursus deutscher Hilfslehrkräfte in Posen. Infolge Abwanderung ausgebildeter Lehrkräfte ist eine große Anzahl deutscher Schulstellen immer noch verwaist. Die Zahl der Schulkinder, die seit Jahr und Tag ohne Unterricht ist, geht zurzeit noch in die Tausende. Schon waren einige Lücken notdürftig ausgefüllt, da droht ein neuer schwerer Schlag: der langsam heranrückende Optionstermin wird leider wieder in vielen den Abwanderungsgedanken aufsteigen lassen. Es gilt beizeiten vorzubauen, ehe es zu spät ist. Junge Leute, in erster Linie junge Männer, die Lust und Liebe zum Lehrerberufe in sich fühlen, können nach angemessener Vorbereitung eine Lebensstellung im Schuldienste und somit am Dienste ihres Volkes erlangen. Gelegenheit zur Ausbildung ist zurzeit gegeben. **Die polnische Regierung beabsichtigt einen neuen Kursus für deutsche Hilfskräfte in Posen zu eröffnen.** Die Meldungen hierzu waren bisher leider so gering, daß der Beginn verschoben werden mußte. Es ergeht darum noch einmal in letzter Stunde eine Aufforderung zur Teilnahme an dem Lehrgange. Die Vorbedingungen zur Aufnahme sind verhältnismäßig günstig. In Betracht kommen Kandidaten mit guter Volksschulbildung, die das 18. Lebensjahr vollendet haben. Eventuell könnten sich auch weibliche Kräfte melden. **Der Unterricht ist frei.** Es werden bei guter Führung und Fleiß Staatsunterstützungen gewährt. **Der Kursus beginnt Anfang Oktober** und dauert etwa bis zum Juni nächsten Jahres. Die Frage der Unterbringung zu mäßigen Preisen wird voraussichtlich auch für unbemittelte Teilnehmer zufriedenstellend gelöst werden können (Herr Mittelschullehrer **Nitsche**-Posen, Deutsche Mittelschule, ul. Rycerska 30, kann hierüber Auskunft erteilen). **Anmeldungen sind nur an die amtliche Stelle: Dyrekcja państw. kursów seminarjalnych, Poznań; Św. Marcin 40 zu richten. Sie sind umgehend anzubringen, da am Dienstag, dem 4. Oktober die Aufnahmeprüfung stattfindet;** der Meldung sind beizufügen: 1. Geburtsurkunde, 2. Lebenslauf, 3. beglaubigte Abschrift des letzten Schulzeugnisses, 4. Führungszeugnis.

X **Robert Johannes,** der bekannte Königsberger Altmeister des ostpreußischen Humors, der auch hier in Posen auf das Vorteilhafteste bekannt ist, vollendet am Montag, dem 26. d. Mts. sein 75. Lebensjahr. Er konnte vor zwei Jahren unter großen Ehrungen sein 50jähriges Künstlerjubiläum feiern.

Zur Bekämpfung des Wuchers mit Zigaretten und Tabak. Das Amt zur Bekämpfung des Wuchers und der Spekulation schreibt: Die letzte Preiserhöhung für Zigaretten und Tabak wird von gewissenlosen Verkäufern, die mit gefälschten Artikeln handeln, in der Weise ausgenützt, daß sie alte Vorräte, die sie früher zu bedeutend billigeren Preisen gekauft und aufgehäuft haben, mit dem Tage der Bekanntmachung der neuen Preise durch die Fabriken für einen höheren Preis verkaufen. Ein solches Verfahren ist Wucher und wird mit Gefängnis, Geldstrafe und Beschlagnahme bestraft. Kaufleute, die noch alte Vorräte haben, müssen die Ware im Kleinverkauf zu den alten Preisen verkaufen. Die Zigarettenfabriken werden, um diese Ausnutzung des Publikums einzuschränken, die zu den neuen Preisen herausgegebenen Fabrikate mit dem sichtbaren Preise des Kleinverkaufs versehen. Das Publikum wird zur Kontrolle der Verkaufspreise im Kleinverkauf aufgefordert. Es wird gebeten das Amt zur Bekämpfung des Wuchers und der Spekulation über jeden Fall wucherartiger Ausnutzung ul. Młyńska (früher Mühlenstraße) 1 a, Zimmer 117, zu benachrichtigen.

Frauenschule Scherpingen. Auch an dieser Stelle sei auf die Mitte Oktober beginnenden Lehrgänge in ländlicher Hauswirtschaft, Geflügelzucht und Gartenbau an der Frauenschule Scherpingen hingewiesen. Diese Frauenschule umfaßt ungefähr 30 Morgen Land mit 3 schönen Wohnhäusern und reichlichen Neben- und Stallgebäuden. Der Frauenschule angeschlossen ist eine Haushaltungsschule für schulentlassene Mädchen mit abgeschlossener Volksschulbildung. Das Heim wird von einer Hausmutter geleitet. Den Unterricht erteilen die Lehrerinnen der Frauenschule. Der Lehrplan umfaßt alle praktischen Fächer, die in der Frauenschule unterrichtet werden und Deutsch, Buchführung, Rechnen und Krankenpflege. Auch werden 3—6monatige Lehrgänge in den Wintermonaten für Hausarbeit, Kochen, Handarbeit und Wäschebehandlung abgehalten. Genaue Auskunft erteilt die Vorsteherin der Frauenschule Scherpingen Frl. **von Gyldenfeldt**, Post Rukosin, Kr. Dirschau.

X **Verlegung eines Rechtsanwaltsbureaus.** Rechtsanwalt Dr. **Glatzer** hat sein Bureau von der ul. 3. Maja (früher Theaterstraße) nach der ul. Graniczna 1 (früher Grenzstraße) in St. Lazarus verlegt.

Im Kunstsalon „Swit“, ul. 27. grudnia 19I ist gegenwärtig eine **Ausstellung graphischer Werke** von Professor **Wyczółkowski** zu sehen. Die Ausstellung ist täglich von 10 bis 6 Uhr, an Sonn- und Feiertagen von 11 bis 3 Uhr geöffnet.

* **Crone a. B.,** 12. September. Zu dem **Überfall**, den nach einer aus dem „Dz. Bydg.“ übernommenen Meldung der Händler Anton Polachowski auf den Redakteur Dr. Cz in hiesiger Gegend verübt haben sollte, sendet Herr P. der „Deutsch. Rundschau“ eine Richtigstellung, in der er die Angaben als unwahr bezeichnet. Nicht er habe den Dr. Czarnecki überfallen, sondern er sei umgekehrt von Dr. Cz. überfallen worden. Er habe auch bereits im „Dz. Bydg.“ eine Erklärung veröffentlicht und 50 000 M. ausgeboten für den Nachweis, daß diese seine Richtigstellung nicht auf Wahrheit beruhe.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Lemberg,** 10. September. Zu der Predigt eines englischen evangelischen Missionsgeistlichen in der hiesigen evangelischen Kirche (siehe „Ein unliebsamer Vorfall in der evangelischen Kirche“, „Pos. Tagebl.“ Nr. 147) schreibt jetzt der Vikar Emil Ladenburger in Lemberg, auf dessen Veranlassung jene Predigt stattfand: „Es ist wahr, daß sehr viele Juden diesem Gottesdienste beiwohnten, was doch gar nicht zu verdammen ist; unwahr ist es aber, daß sie in Mützen und Zigaretten rauchend in der Kirche saßen. Die Juden benahmen sich keineswegs anstoßerregend. Unwahr ist es ferner, daß Pastor Gorodishz durch einen Polizeikommissar in seinen Ausführungen unterbrochen wurde; dieser kam im Dienste zu dem angekündigten Vortrage und wollte, als er erfahren hatte, daß dieser ausfalle und zur selben Stunde ein Missionsgottesdienst stattfinden werde, gleich weggehen, blieb dann aber nur auf meine Einladung hin als Zuhörer und Gast zurück. Die Bewegung, die am Schluß des Gottesdienstes in der Kirche eintrat, ist keineswegs auf irgend eine Protestkundgebung, sondern nur auf einen Ohnmachtsanfall zurückzuführen. Diese kleine Gelegenheit benutzte ein beim Ausgang der Kirche stehender Herr polnischer Nationalität, der offenbar die Missionspredigt nicht verstand, dazu, um die Polen zum Verlassen der Kirche aufzufordern. Es verließen auch darauf vielleicht 100 von den 3000 anwesenden Zuhörern die Kirche. Der Gottesdienst wurde aber dennoch ruhig und würdig mit Gebet und Segen abgeschlossen. Von einem Skandal kann also keine Rede sein. Aufrichtig bedauern muß ich jeden, der in der Predigt des Herrn Pastor Gorodishz eine antichristliche und antipolnische, ja sogar zionistische Tendenz heraushörte. Auf dem Gebiete der Mission haben deshalb sowohl Geistliche als auch Laien, die redliche Arbeiter im Weinberge des Herrn sein wollen, noch eine große unendlich wichtige Aufgabe zu erfüllen.“

Neues vom Tage.

§ **Überfall auf die Bahnpost.** Auf die Bahnpost des Spätzuges Alzey—Bingen wurde zwischen Gensingen—Rüdesheim durch unbekannte Räuber ein Überfall versucht. Der Postbeamte wurde beschossen. Als der Zug durch die Notbremse zum Stehen gebracht wurde, sprangen die Täter ab und entkamen. Der Raubüberfall war mißglückt, niemand wurde verletzt.

§ **Fürst Battenberg gestorben.** Gestern starb in London plötzlich infolge Herzschwäche der Marquis Milford Hayen, der mehr unter dem eigentlichen Namen Fürst Battenberg bekannt ist. Der Verstorbene nahm eine hervorragende Stellung in der Marine ein, in die er im Jahre 1868 als Kadett eintrat. Vor drei Wochen wurde er zum Flottenadmiral ernannt. Fürst Battenberg wurde in Österreich geboren, nahm aber das englische Bürgerrecht an.

§ **Zur Ermordung der Zarenfamilie.** In den in der englischen Presse seit einiger Zeit im Gange befindlichen Streit um die Schuld an der Ermordung der Zarenfamilie hat nunmehr Kerenski eingegriffen. Er stellt fest, daß er in den Monaten, in denen er die Macht in Händen hatte, alles getan habe, um die Zarenfamilie an die Grenze zu schaffen, daß aber die englische Diplomatie die Schuld daran trage, daß seine Bemühungen erfolglos geblieben seien.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	13. September	12. September
4% Posener Pfandbriefe (alte)	—,—	—,—
3% " " Buchst. A u. B	—,—	—,—
3½% " " ohne Buchst.	—,—	—,—
3½% " " Buchst. C	—,—	—,—
4% " " Buchst. D u. E	—,—	—,—
4% " " (neue)	—,—	—,—
4% " (neue) mit poln. Stempel	—,—	123 + N
4% Pos. Pfandbriefe	—,—	—,—
4% Pos. Provinzialobligationen	—,—	—,—
3½% Posener Prov.-Pfandbriefe	—,—	—,—
5½% Obl. Cegielski	115 +	—,—
6% Schuldscheine der Bank Kredyt. Hipot. Warszawsk.	—,—	—,—
Bank Związku I—VII em. (ungest.)	220 + A	220 +
Bank Związku VIII em. (ungest.)	220 + A	220 +
Bank Związku IX em. (ungest.)	220 + A	220 +
Bank Handlowy, Poznań I—VII	335 + A	335 + A
" " VIII	335 + A	335 + A
Dollars	—,—	—,—
Bank Dysk., Bydg.-Gdańsk I—IV	—,—	—,—
Kwilecki, Potocki i Ska.	485 + N	475 + N
Bank Ziemski	—,—	—,—
Bank Ziemian I—III	—,—	270 + N
R. Barcikowski I—IV em.	—,—	—,—
R. Barcikowski V em.	175 + N	175 + N
Centrala Skór I—II	—,—	370 +
Lubań	540 + N	540 + N
Dr. Roman May I—III	—,—	495 + N
" " VI	465 + N	465 + A
Patria	380 + N	380 + N
Pozn. Spółka Drzewna (exkl. Kup.	1350 + A	1400 + A
C. Hartwig I—III em.	410 +	400 + N
C. Hartwig IV em.	400 +	—,—
Cegielski I—VI em.	235 + N	250 + A
Cegielski VII em.	235 + N	250 + A
Hurtownia Związkowa	140 + N	140 + A
Centrala Rolników	260 + N	260 + A
Inoffizielle Kurse:		
4½% poln. Pfandbriefe	—,—	—,—
4½% poln. Pfandbriefe (abgest.)	—,—	—,—
Bank Centralny I—III	—,—	—,—
Bank Poznański I. Em.	—,—	—,—
Bank Przemysłowców	240 + A	240 + A
Lucjan Nowiński	—,—	—,—
Bank Zjednoczenia	—,—	—,—
Hurtownia Drogeryjna (o. Bezugsr.)	155 + A	—,—
Hartwig Kantorowicz	—,—	—,—
Wytwornia Chemiczna I—II exkl. Bezugsrecht	200 + N	200 +
Wyroby Ceramiczne	160 + N	—,—
Drzewo Wronki	255 + N	—,—
Wisla	550 + N	—,—
Arcona	360 + N	—,—
Brzeski Auto (exkl. Kupon)	—,—	—,—
Wagon Ostrowo	150—155 + N	155 + A
Wytwornia Maszyn Młyńskich	—,—	—,—
Herzfeld Viktorius	405—420 + N	400—405 + N
Bentzki	6[illegible]0 + A	575-600-590 + N
Orient	200 + A	185—190 + A
Sarmatia	—,—	395 + N
Bławat	—,—	—,—
Dom Konfekcyjny	—,—	—,—
Tkanina	365 + N	360 + N
Ceres, Leszno	—,—	—,—
Papiernia, Bydgoszcz	260 + N	250—255 +
Trie	19[illegible] + N	—,—
Hurtownia Skór	310 + N	310 + A
Sierakowskie Kopalnie Węgla	—,—	—,—
Kabel	155 + N	—,—
Lloyd Wielkopolski	—,—	—,—
Hurtownia Spółek Spożywcz.	—,—	210 +
Pneumatik	155 + N	155 + N

• = **Warschauer Getreidebörse vom 12. September.** Getreide 7150—7200 M., 70 v. H. Mehl frei Lager Warschau 10 500 M., Viktoriaerbsen 10 500 M., Buchweizen 7[illegible]00 M., Rapskuchen frei Lager Warschau 8387—8450 M. Der Umsatz war mittel. **Die Preise verstehen sich grundsätzlich für 100 kg netto.**

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 13. September.

Aufklärung von Millionendiebstählen.

In der Nacht zum Sonntag entdeckte der Posten der Staatspolizei in Pudewitz bei der Verfolgung von Spitzbuben, die 6 Paar Pferdegeschirre gestohlen hatten, eine aus vier Köpfen bestehende Diebesbande bei einem gewissen Promiński in Biskupitz und zugleich ein Diebeslager im Werte von 3—4 Millionen Mark. Es wurden ungeheure Mengen von Pelzen, Wäsche- und Kleidungsstücken aufgefunden, die die Einbrecher in den letzten Monaten zusammengestohlen hatten. Ein Teil der Eigentümer konnte bereits festgestellt werden. So waren einem gewissen Arndt in Biskupitz im Dezember v. Js. für 200 000 M., dem Dr. Jaskowski in Wronczyn im April d. Js. für 400 000 M., einem gewissen Sauer in Biskupitz für 165 000 M., dem Propst in Wronczyn für 100 000 M., eine mgewissen Nowak in Stęczęko für 200 000 M., einem gewissen Meyer in Boczny młyn für 300 000 M. Sachen gestohlen worden. Außerdem fand man Kleidungsstücke, Wäsche, Getreide, 4 Fahrräder mit Gummimänteln, Schuhwerk, Karabiner, Stöcke, Sättel, 50 M. in Gold, 282 M. in Silber, Kutschenlaternen usw. von zum großen Teil unbekanntem Ursprung. Die vier Spitzbuben wurden verhaftet und heut früh in das hiesige Untersuchungsgefängnis übergeführt.

Deutscher Theaterverein. Für die Opern- und Operettenaufführungen der musikalischen Sektion des Theatervereins ist eine Verstärkung des Chors sehr erwünscht. Stimmbegabte Damen und Herren, die Lust haben, sich an den Aufführungen zu beteiligen, werden gebeten, sich bei dem Geschäftsführer des Vereins, Herrn Siebert, mündlich oder schriftlich zu melden. (In der Deutschen Bücherei, ul. Zwierzyniecka 1, in der Zeit der Bücherausgabe.) Ferner werden alle Damen und Herren, die Lust haben, sich solistisch in den Theateraufführungen zu betätigen, sei es im Drama, sei es in den musikalischen Veranstaltungen, gebeten, am Montag, dem 19. d. Mts., abends um 8 Uhr sich freundlichst in der Deutschen Bücherei einzufinden und dort in zwangloser Weise eine kleine Probe ihres deklamatorischen und gesanglichen Könnens ablegen zu wollen. Für die musikalischen Veranstaltungen ist auch eine Verstärkung des Orchesters sehr erwünscht. Damen und Herren, die ein Orchesterinstrument spielen, werden um ihre Mitwirkung gebeten.

× **Nicht wieder zurückgekehrt** ist der Taubstumme Hyronymus Grajek von einer Wallfahrt nach Kirchen-Dombrówka, an der er am 10. d. Mts. teilgenommen hatte.

Wochenmarktbericht vom Montag, 12. September. Auf dem Gemüsemarkt zahlte man für das Pfund Kartoffeln 17 M., Mohrrüben 25 M., Zwiebeln 65 M., Tomaten 100 das Pfund, Gurken 20 M. das Stück, ziemliche Größe. — Auf dem Obstmarkt kosteten Birnen 40 M., Pflaumen 35 M.; bessere Ware 45 M., Birnen und Aepfel gab es in Massen. — Auf dem Geflügelmarkt zahlte man für Gänse 1000 M., Enten 450 M., Hühner 300 M., Tauben 140 M. das Paar.

× **Miljonówka.** In der Sonnabendziehung der Miljonówka gewann die Nr. 1923 561, die nach Stanislau verkauft worden ist.

× **Ein teurer Rausch.** In der vergangenen Nacht zertrümmerten in der ul. Kantaka 10 (früher Bismarckstraße) zwei Männer im Zustande völliger Bezechtheit eine Schaufensterscheibe; sie wurden verhaftet. Ihr Erwachen aus der Bezechtheit wird heut früh zweifellos nicht angenehm gewesen sein, als ihnen mitgeteilt wurde, daß der Eigentümer der Scheibe seinen Schaden auf eine Million Mark beziffert.

× **Immer wieder die Taschendiebstähle auf dem Hauptbahnhofe.** Auf dem Hauptbahnhofe wurde gestern abend einem Reisenden beim Besteigen des Warschauer Zuges eine goldene Taschenuhr, Glashütter Fabrik, mit der Nr. 18 432, und einem anderen Reisenden eine Brieftasche mit 17 000 M. Geld und den Ausweispapieren gestohlen.

× **Bei einem Einbruchsdiebstahl,** der in der vergangenen Nacht in Rataj verübt wurde, wurde ein elektrischer Motor gestohlen.

* **Schubin, 11. September.** Der Besitzer Alex Beltz aus Grünhagen ertappte auf seinem Jagdgebiet einen zur Jagd ausgerüsteten Herrn in Begleitung eines Dieners. Beltz nahm zuvorderst dem Jäger seinen Drilling ab, fragte, wer er sei, und wie er dazu komme, auf fremdem Gebiet zu jagen. Der Jäger noch sein Begleiter wären jedoch der deutschen noch polnischen Sprache mächtig, und nach der Legitimation war es ein Chef-Adjutant Atel Pantegnier aus Paris. Das Gewehr wurde dem Ortsschulzen übergeben und anderen Tages dem Adjutanten auf Veranlassung der Behörde, bei der er eine hohe Geldstrafe gezahlt haben soll, wieder ausgehändigt. Ein Strafverfahren soll eingeleitet sein.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Politik, Handel, Kunst und Wissenschaft: Dr. Wilhelm Loewenthal; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer. Für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznan.

Gefälschte Zuckermarken.

Im Umlauf sind wiederum gefälschte Zuckermarken für die Monate September-Oktober festgestellt worden. Sie unterscheiden sich von den echten in Farbe und Druckschrift. Die echten Marken sind hellbraun gefärbt, die falschen dagegen ziegelrot, außerdem ist bei den gefälschten Marken die Druckschrift auf dem unteren Abschnitt bei dem Worte „Odcinek" kleiner.

Die Händler werden hiermit gewarnt, auf die Falsifikate Zucker zu verabfolgen, da diese von uns nicht anerkannt werden.

Von den Beteiligten, welche auf die gefälschten Marken Zucker entnehmen wollen, sind nach Zurückbehaltung der Marken, die Namen und Wohnungsorte festzustellen.

Die eingezogenen Marken sind im Büro X, Zimmer 11, im Stadthause abzugeben.

Poznań, den 10. September 1921.

Magistrat der Stadt Poznań.
(—) Dr. Kiedacz.